

Sächsische Volkszeitung

Er erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Postgebühren).
Post-Verstellnummer 6858.

Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnummer 10 Pfennige.

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnitzer Straße 43.

Inserate
werden die Gespaltene Pettizeile oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Redaktions-Sprechstunde: 11—1 Uhr.
Fernsprecher: Amt L. Nr. 1366.

Nr. 208.

Katholiken: Namen Mariä.

Sonntag, den 13. September 1903.

Protestanten: Waterius.

2. Jahrgang.

Die Neuordnung der Sonntagsruhe.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Die Neuordnung der Sonntagsruhe dürfte eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Reichstages sein. Die Arbeitergesetzgebung des Jahres 1891 hat bekanntlich die Grundlage für die Sonntagsruhe gelegt. Die Bestimmungen, die damals ausgesprochen worden sind und 1891 und 1892 einen wahren Sturm gegen das Gesetz hervorgerufen haben, sind nicht eingetreten. Es bewährte sich auch hier für Deutschland das Wort Macaulays, daß England ohne seine Sonntagsruhe heute nicht den nationalen Wohlstand hätte, dessen es sich heute erfreut. Fürst Bismarck ist namentlich mit seinen in den 80er Jahren erhobenen Bedenken gänzlich widerlegt; das göttliche Gebot der Sonntagsheiligung mußte bei ihm zurücktreten hinter das rein materialistische Bedenken: Wer gibt dem Arbeiter am siebenten Tage den Unterhalt, wenn er nicht arbeitet? Heute nun hat sich die Sonntagsruhe derart eingebürgert, daß der stärkste Sturm durch das Land tosen würde, falls man diese beschneiden wollte. Es ist jetzt vielmehr die Zeit gekommen, an eine Ausdehnung der Sonntagsruhe zu denken. Die verbündeten Regierungen haben auch bereits im Jahre 1899 in der 16. Kommission erklären lassen, daß Erhebungen und Verhandlungen im Gange seien, um eine Neuordnung der Sonntagsruhe herbeizuführen. Seither aber herrscht tiefes Schweigen in allen Wäldern, und doch dürfte es jetzt an der Zeit sein, eine Vorlage an den Reichstag gelangen zu lassen.

In der Industrie sind die Verhältnisse im allgemeinen am besten geordnet. Doch erscheint es auch hier angezeigt, die Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit, wie sie namentlich die Bekleidungsindustrie des Reichskanzlers vom 5. Februar 1895 bringt, nicht einzuschränken. Diese Ausnahmen füllen jetzt ein recht stattliches Register, und es scheint bei einzelnen Betrieben, als sei der Bundesrat hier den Wünschen der Arbeitgeber zu entgegenkommend gestimmt. Der Reichstag, dem diese Ausnahmen vorzulegen sind (leider nicht zur Genehmigung), wird künftig die Fägel strenger anzuziehen haben. Für sämtlichen Großbetrieb und alle Kontore kann absolute Sonntagsruhe eingeführt werden, ohne daß jemand geschädigt wird. Des weiteren ist im Interesse der Gehilfen sowie der Prinzipale die Sonntagsarbeit einzuschränken in der Weise, daß zum Beispiel in allen Städten über 100 000 Einwohner absolute Sonntagsruhe auch im Detailhandel herrscht; in Städten von 10 000 bis 100 000 Einwohnern kann 12 Uhr als Ladenschluß bestimmt werden, und nur in Orten unter 10 000 ist im Interesse der Geschäftsleute sowie des konsumierenden Publikums die jetzige Regelung zu belassen. Eine derartige Neuregelung würde sowohl dem selbständigen Kaufmann wie dem Stand der Handlungsgehilfen die nötige Zeit und Erholung geben, ohne daß die berechtigten Interessen zurückgesetzt werden; sie würden aber auch den Grund legen und die Vorbildung geben für eine christliche Sonntagsheiligung; denn nicht die Sonntagsruhe ist uns das Höchste, sondern die Sonntagsheiligung; aber letztere ist nicht vorhanden, wenn sich der Kaufmann nur von 8—11 an den Tag des Herrn erinnern kann und dann bis in den späten Nachmittag hinein hinter dem Ladenschluß steht. Religiöse wie soziale Gesichtspunkte erfordern deshalb die Ausdehnung der Sonntagsruhe in erster Linie im Handelsgewerbe!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Beginn der Reichstagsarbeiten liegt zwar noch einige Monate vor uns. Trotzdem beginnen schon jetzt die lästigen Vermutungen und Informationen „aus bester Quelle“ in der Presse aufzutreiben. Die „Deutsche Tageszeitung“ will wissen, daß zwar ein Beschluß noch nicht gefaßt sei, daß aber der Reichstag vermutlich nicht vor Ende November zusammenzutreten werde. Allem Anschein nach hat man es hier mit einer Rechnung auf Grund des Termins für die preussischen Landtagswahlen zu tun. Wenn diese Mitte November stattfinden, so ist die Berechnung nicht schwer, daß man erst das Landtagswahl-Ergebnis abwarten will, bevor man den Reichstag zusammenruft. Ein so später Termin ist schon bei gewöhnlicher Geschäftslage sehr ungünstig, da die Weihnachtsferien wenige Wochen später beginnen. Wenn aber auch noch eine Gesetzesvorlage kommt, wird es mit der Fertigstellung des Etats wieder gewaltig hapern.

Aus dem protestantischen Lager Preußens erschallen gegenwärtig wieder allerlei mißvergnügte Stimmen, welche zu denken geben. Für Mitte Oktober ist die Einberufung der Generalsynode geplant. Man scheint an diesem Termin festzuhalten trotz des Todes des Präsidenten Dr. Barkhausen, wenigstens nehmen die Vorbereitungen dazu ihren Fortgang. Die Ernennung eines Nachfolgers für Dr. Barkhausen wird zunächst noch nicht erwartet. Trotzdem ist die Debatte über diesen Nachfolger in vollem Gange. Die ersten auf dem Platze sind die Protestanten-

vereiner. Die von dieser Seite stets gut unterrichtete „National-Zeitung“ legt sich bereits die Chancen für den Wechsel im Präsidium zum Oberkirchenrat zurecht und bringt ihre Wünsche vor. Sie will dem verstorbenen Dr. Barkhausen gewisse Verdienste vom „bewußt liberal-protestantischen Standpunkte“ aus nicht abstreiten. Es ist interessant, welcher Art in den Augen der liberalen Protestanten diese Verdienste sind. So ist unter Dr. Barkhausens Leitung das neue Pfarerbefolgungsgesetz zustande gekommen, das jedem evangelischen Geistlichen mit 25 Dienstjahren neben freier Wohnung oder Wohnungsschädigung ein Gehalt von 4800 M. sichert. Des weiteren rühmt das liberale Blatt dem Verstorbenen nach, daß er mehrfach dem Liberalismus Jugeständnisse gemacht hat. So z. B., daß er es stillschweigend über sich ergehen ließ, daß nach Einführung der neuen Agende 17 Geistliche der preussischen Landeskirche in aller Form erklärten, sie wollten die Ordmanden nicht auf den Wortlaut, sondern nur auf den „religiösen Inhalt“ des Apostolikums verpflichtet wissen. Das heißt also, daß der Oberkirchenrat seine Ohnmacht zugegeben hat, gegen den Anturum auf die Grundlagen der Dogmatik Widerstand zu leisten. Endlich wird anerkannt, daß die Maßnahmen der obersten Kirchenbehörden in den letzten 10 bis 15 Jahren oft genug den „schäumenden Unwillen“ der Herren Sticker und Genossen erregt haben. Und trotz alledem will der protestantische Liberalismus vom Oberkirchenrat noch bedeutend mehr; er hält ihm ein langes Sündenregister entgegen, um zu dem Entschlusse zu kommen, daß die einfachste Gerechtigkeit von der obersten preussischen Kirchenbehörde verlangt: Gleichberechtigung aller Richtungen. — Man sieht: trotz aller Einheitsbestrebungen eine immer weiter um sich greifende Zersetzung. Die Orthodoxie kämpft noch immer kräftig dagegen an. Auf der Augustkonferenz wurde von orthodoxer Seite scharf gegen die „Vabel Vibel“ Bewegung zu Felde gezogen und Prof. Deligisch kam sehr schlecht dabei weg; nicht ganz mit Unrecht. Denn die Folgerungen aus Deligischs Anschauungen würden zu allererst dem Protestantismus das Grab bereiten. Das sieht die Orthodoxie recht wohl. — Wie dieser Kampf ausgehen wird, ist unschwer zu sagen. Man wird der „freien Forschung“ nach den Grundsätzen der Reformation immer mehr Spielraum gewähren müssen, bis alle Richtungen restlos in der „freien Forschung“ aufgegangen sein werden. Damit wäre freilich das Ende der christlichen Religion im Protestantismus besiegelt und der Materialismus würde in seine Rechte eintreten.

Das „Militärwochenblatt“ meldet die Beförderung zu Generalobersten mit dem Rang von Generalfeldmarschällen laut Kabinettsordre aus Merseburg vom 11. September bezüglich des Generals der Infanterie, Generaladjutanten und kommandierenden Generals des 11. Armeekorps von Wittich und bezüglich des Generals der Kavallerie, Generaladjutanten und Chefs des Großen Generalstabes Grafen von Schlieffen.

Der Deutsche Veterinärkongress, unter ihm die größten Kapazitäten, hat an das preussische Kriegsministerium Petitionen betreffs Militär-Veterinär-Reform gerichtet. Durch die Einführung der Universitätsreife und den gewaltigen Aufschwung der tierärztlichen Wissenschaft, ist die augenblickliche Stellung in der Armee eine unhaltbare geworden. Der Kaiser hat die Petitionen in Erwägung gezogen. Laut A. R. D. hat das Dasein der Militär-Veterinär-Arzt-Schule ihr Ende erreicht, aus ihrer Asche wird sich als prächtiger Phönix eine Militär-Veterinär-Akademie erheben. Betreffs weiterer Ausgestaltung der Akademie hat das Kriegsministerium Sr. Majestät Vorschläge zu unterbreiten, die Etwas werden künftig „Studierende der Militär-Veterinär-Akademie“ genannt. Das Militär-Veterinär-Personal besteht fortan bis auf weiteres aus Korps-, Stabs-, Ober- und Unter-Veterinären. Der wichtigste § der A. R. D. lautet: „Betreffs Bildung eines Militär-Veterinärkorps des aktiven und des Beurlaubtenstandes sehe ich den Vorschlägen des Kriegsministeriums entgegen.“ Damit ist die Schaffung eines Veterinär-Offizierskorps so gut wie vollendete Tatsache, wie die Umwandlung der Militär-Arzt-Schule in die Akademie. Das Prinzip steht fest und nur die Einzelheiten sind noch auszuarbeiten. Daß von Sr. Majestät befohlene Vorschläge nicht verzögert werden, versteht sich von selbst. Ein großartiger Fortschritt der Tierärzte!

Weitere „Vertuschungsversuche“ im Vorwärts. Dem Berliner Hauptorgan der Sozialdemokratie wird nach und nach ebenfalls etwas bedenklich zu Mute angesichts der ungünstigen Aspekte, unter welchen der Dresdener Parteitag morgen zusammenzutreten soll. Er vertritt in einer langen Polemik gegen Vebel die „Einheit der Aktion“, offenbar, um Vebel etwas einzuschüchtern und zum Einlenken zu bestimmen. Daß er „Vertuschungsversuche“ gemacht habe, bestritt der „Vorwärts“ energisch. Wir haben keine Veranlassung, uns in die historischen Tüfteleien der sozialdemokratischen Kampfbühne einzumischen. Uns genügt die Tatsache, daß in seiner Erklärung in der

„Neuen Zeit“ Genosse Vebel erklärt: „Es fehlt gerade noch, daß das Zentralorgan der Partei in letzter Stunde zu dichten anfängt.“ Ein derartiger Ton zwischen Vebel und dem Parteitag, zumal der „Vorwärts“ den Dieb also pariert: „Vebel irrt und das Zentralorgan hat nicht gedichtet“, um dann den Nachweis anzutreten, daß der „Vorwärts“ es sei, der jetzt Vebels eigene frühere Taktik vertritt. Also der Parteipapst Vebel irrt! Was fehlt denn jetzt noch?

Das Vorgehen gegen den Berichterstatter Vebel des „Vorwärts“, der im Zeugniszwangsverfahren verhaftet wurde, nachdem er eine ihm mitgeteilte Beschwerde eines Soldaten dem betreffenden Regimentskommandeur zur Ausklärung unterbreitet hatte, wird, wie die „Königsberger Zeitung“ mitteilt, bis in die höchsten Stufen der Verwaltung verurteilt. Der Gewährsmann des genannten Blattes glaubt in der Annahme nicht fehlzugehen, daß über dieses Vorgehen von maßgebender Stelle die ernsteste Mißbilligung ausgesprochen und eine Remedur versucht werden wird.

Der in München tagende Deutsche Handwerks- und Gewerbekammerer Tag nahm am 11. d. M. nach einem Vortrag des Schulrats Kerstenschneider München einen Beschluß an, in welchem die allgemeine Durchführung der obligatorischen gewerblichen Fortbildungsschule gefordert wird. Weitere Beratungsgegenstände betrafen das Lehrlingswesen, die Gesellenprüfungszeugnisse und die Jugendpflicht der Köche zum Handwerk.

Oesterreich-Ungarn.

Die Staatskrise scheint vor dem festen Willen des Kaisers den Radikalen gegenüber in einen Sumpf zu geraten. Graf Khuen-Hedervary hat sich aufs Land begeben, ein Zeichen, daß die Magnaten für die nächste Zeit vom Kaiser nichts zu erwarten haben, was ihren Forderungen entspräche. Indessen haben Apponyi und seine Freunde ihr Spiel noch nicht ganz aufgegeben. Apponyi will jetzt, wie verlautet, eine Parteienkonferenz zustande bringen, in welcher das allerextremste Postulat, nämlich jenes, betreffend der ungarischen Kommandosprache vorläufig aufgegeben werden soll und man sich mit den andern ausgiebigen nationalen Zugeständnissen begnügen will. Köme diese Vereinbarung zustande, so würde man auf Grund derselben der Krone Frieden anbieten, ein Erstlings einheimischer und Apponyi wäre regierungsfähig, die Kossuthisten dürften jedoch diesen Plan durchkreuzen.

Landesausschuß Dr. Gehmann wurde zum f. l. Regierungsrat ernannt. Die kaiserliche Auszeichnung des von das Land Niederösterreich und insbesondere dessen Schulwesen so hochverdienten Mannes wird in weitesten Kreisen mit Freude begrüßt werden.

Italien.

Das russische Kaiserpaar wird am 24. Oktober in Rom eintreffen, bis zum 27. Oktober dortselbst verweilen und sich nicht nach Neapel begeben.

Türkei.

An die Militär- und Zivilbehörden der mazedonischen Vilajets wurden strenge Befehle ausgegeben, die Ausschreitungen seitens der Truppen und Putschbüchsen gegen die ruhige Landbevölkerung, besonders griechischer Nationalität, energisch hintanzuhalten. Die Konsularberichte schäben übereinstimmend die Zahl der abgebrannten und verwüsteten Dörfer im Vilajet Monastir auf 80 bis 100, im Sandschak Kirklisse auf 20 bis 30.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 12. September 1903.

In der Deutschen Städteausstellung fand vorgestern wieder eine Gesangsaufführung Dresdner Schulkinder, unter Leitung des Herrn Lehrer Paul Böderig, abends von 6—7 Uhr im großen Kongresssaal, statt. Der außerordentlich starke Besuch bewies, welche Beliebtheit sich diese Veranstaltungen erlangen haben. Es wechselten Rassenchöre der gesamten etwa 300 jugendlichen Sänger mit Einzelchören der Gesangsklassen der 19. Bezirksschule ab. Von ersteren kamen die Gefänge „Dem Kaiser Wilhelm I.“ von Rudnik, „Im Wald“ von Weber, „Wein Reif mit kühlen Frühen“ von Graben-Hoffmann, „Muttersprache“ von Dering, „Nationaler Ruf“ von Amoth und „Der Bauer und sein Taubenhaus“ von Taubert, von letzteren „Wenn du noch eine Mutter hast“ von Reinecke, „Der Herdenreihen“ von Huber, „Grün-weiß“ von Große, sowie „An die Nachtigall“ und „Engelwacht“ von Reinecke und Fischer zum Vortrage. Auch die gefügigen Aufführungen erfreuten sich wegen ihrer Kraft und reinen Intonation der Anerkennung aller.

Katholischer Familienabend im Gefellenhaus. Herr Weider leitete den Abend ein und bittet Herrn Ch. Danisch, das Präsidium zu übernehmen. Herr Kaplan Müller führt aus, was er so ungefähr von Köln für ein Stimmungsbild gewonnen habe. Er erinnerte an Sinrod: „An den Rhein, an den Rhein, Lieb' du nicht an den Rhein.“

e 16. 1. Stage)
6 Uhr Ansbacht
tagen hl. Messe

ge 21): 7—8 Uhr
starre. 9 Uhr
8 Uhr Segens-

ngs früh 7 Uhr
richt und Kom-
2 Uhr Segens-
tag hl. Messen
und Freitag um
der Kapelle.
Sonntag 9 Uhr
L. Die Taufen

l. Nachmittags
11 Uhr hl. Weidte.

Reffe. 1/10 Uhr

Segensandacht.
Messe mit Altar-
scham. 11 Uhr

11 Uhr hl. Messe.

riedrich August-
1/8 Uhr. Vor
auptgottesdienst
4 Uhr Taufen.

sonntag vormit-
tdienst mit Ex-
9 2 Uhr Moten-
11, 7 und 8 Uhr
schule um 9 Uhr.

entf. 1/10 Uhr
ramentsandacht
en um 6 und
11 Uhr Freitag

igt und Hoch-
n Wochentagen

igt. Nachmit-
t. und 4. Sonn-
igt. Vor dem
ifter Nähe der

den.

er.“ Anfang

fang 1/8 Uhr.

heimis.“ An-
8 Uhr.

med.“ Anfang

des Lebens.“

Das große

le“

1389

lischel Beuno-Weg.

rtung

hinkel.

ers geeignet.

ten I

1 resp. 2 M

1 bis 10 M.

b. 4,50—15 M

l in grosser Ass.

erlichen von

änder-Süten.

adberg

senstr. 70

nger Straße.

berwaren

enke uhu.

llig, ebenfo

Reparaturen

er Kirsch,

Goldschmid

millians-Allee 20

den). 1644

Leipzig

Staben,

und Kinder-

gute, dauernde

in Gehalt. 1691

Schulz

mittlung

erschestr. 12

eyerschen Bahnhof.

lung

1590

izöfen.